

Weder Demokratie noch Faschismus

Die gegenwärtige Rechtsentwicklung lässt sich am besten mit dem Begriff des Autoritarismus fassen. Ein Debattenbeitrag

Von Emanuel Kapfinger

Am 8. April 2026 wandte sich [Sebastian Friedrich an dieser Stelle in der jungen Welt](#) gegen den derzeit vieldiskutierten Begriff der Faschisierung, der analytisch wie auch strategisch auf ein falsches Gleis führe. Denn mit ihm würde die tatsächliche Funktion der AfD für die Absicherung des Kapitalismus unterschätzt. Vieles spreche derzeit eher für eine autoritäre Formierung der bestehenden Demokratie unter Führung der CDU, die sich hierfür mit der AfD zusammentun könnte. Voraussetzung dafür sei, dass sich in der AfD das realpolitische Lager gegen die faschistischen Kräfte durchsetzt. Dies zeichne sich aber bereits ab.

Klaus Weber kritisierte diese Thesen [am 15. Mai 2026 in der jungen Welt](#). Zu Recht machte er dabei geltend, dass Friedrich den ambivalenten Zwischenzustand zwischen Demokratie und Faschismus nicht richtig zu fassen bekomme. In der Tat fehlt bei Friedrich eine Analyse des Gesamtcharakters der AfD, auf deren Grundlage der parteiinterne Richtungsstreit erst angemessen analysiert werden kann. Damit entgeht ihm auch eine dritte mögliche Variante gesellschaftlicher Entwicklung, die sich in Ungarn mit Viktor Orbán und in den USA mit Donald Trump durchgesetzt hat. Sie bricht mit der bestehenden Demokratie, ohne dass es sich deshalb schon um Faschismus handelt.

Webers richtiger Einsatz krankt wiederum daran, dass er diesen Zwischenzustand als Faschisierung analysiert, womit jedoch die zukünftige Entwicklung in Richtung Faschismus im Grunde vorgezeichnet ist. Die AfD sei im Kern faschistisch, und wenn sie an die Macht komme, »dann läuft das auf nichts anderes als die Vernichtung ›innerer Feinde‹ hinaus«. Damit verschließt sich Weber in seiner Analyse der Ambivalenz und der Offenheit der Entwicklung, die er zuvor betonte, wieder. Wie viele andere Linke, die den Faschisierungsbegriff verwenden, verfügt er über keinen adäquaten Begriff für die eigenständige Qualität dieses Zwischenzustands.¹

Liberaler Faschismusbegriff

Der Sache näher kommen Konzepte wie Postfaschismus (Enzo Traverso), Spätfaschismus (Alberto Toscano) und demokratischer Faschismus (Carolin Amlinger/Oliver Nachtwey). Sie tragen dem Umstand Rechnung, dass die rechten Bewegungen und Parteien von heute nicht den organisiert terroristischen Charakter des historischen Faschismus mit seinen

paramilitärischen Truppen aufweisen, sondern innerhalb der verfassungsmäßigen Institutionen arbeiten. Allerdings wird in diesen Konzepten die derzeitige rechte Konjunktur nicht mehr nur als Faschisierung, sondern bereits als Faschismus selbst betrachtet. Damit greifen sie die mit dem Faschismusbegriff verbundene Feindmarkierung auf: Die rechten Bewegungen werden als aggressiv und menschenfeindlich verurteilt, vor allem aber darum, weil sie mit der liberalen Demokratie brechen. Dieser liberale Faschismusbegriff gründet weniger auf einem systematischen historischen Vergleich als vielmehr auf seinem politischen Mobilisierungspotential. Da die heutige Rechte aber große Unterschiede zum historischen Faschismus aufweist, werden paradoxe Begriffe wie das Oxymoron »demokratischer Faschismus« entwickelt.

Zwar bekommen diese Konzepte ebenso wie der Faschisierungsbegriff die Ambivalenz der derzeitigen rechten Konjunktur sehr gut zu fassen. Sie zahlen dafür aber einen hohen Preis, denn sie geben den Begriff des Faschismus als einer totalitären und offen terroristischen Diktatur und damit auch das Analysewerkzeug für eine solche Herrschaftsform auf. Die Gefahr, die von wirklich faschistischen Akteuren wie Neonazikameradschaften oder dem Netzwerk um Götz Kubitschek ausgeht, droht damit, aus dem Blick zu geraten.

Doch wäre das Verwischen des Faschismusbegriffs zugunsten paradoxer Konzepte gar nicht nötig, um die gegenwärtigen rechten Bewegungen zu analysieren, denn dafür existiert seit langem eine gut ausgearbeitete Kategorie: die des Autoritarismus. Sie wurde in den 1930er und 1940er Jahren insbesondere von der Kritischen Theorie entwickelt² und ist in der politischen Theorie seit langem fest etabliert.³ Zu unterscheiden ist der Autoritarismus nicht nur vom Faschismus, sondern auch von der autoritären Formierung. Obwohl Wilhelm Heitmeyer, renommierter Forscher zur extremen Rechten, sie zur Analyse der AfD starkzumachen versucht,⁴ spielt sie in der linken wie auch in der wissenschaftlichen Debatte über die neuen rechten Bewegungen bislang nur eine sehr untergeordnete Rolle.

Mit dem Autoritarismus wird psychologisch betrachtet eine durch Abwertungserfahrungen entstandene innere Unsicherheit der Menschen kompensiert. Darum könnte ihm durch eine antikapitalistische Widerstandsperspektive – wenn sich die Linke dazu durchringen würde – begegnet werden. Die Linke verwechselt den Autoritarismus jedoch mit dem Faschismus, der tatsächlich nur durch organisierte Gewalt, also in letzter Instanz militärisch, zu bekämpfen ist. Einerseits meint sie, dass die AfD-Wählerschaft keiner Argumentation mehr zugänglich und absolut zu bekämpfen sei. Andererseits entspricht ihre symbolischpolitische Praxis dieser Überzeugung gar nicht, denn sie zielt darauf, dass die AfD-Anhänger ihren Rassismus einsehen und sich zum Guten bekehren sollen – was natürlich nicht passiert. Wirkung zeitigt diese »Strategie« auch nach vielen Jahren nicht, statt dessen nehmen die Zustimmungsraten der AfD weiter zu. Mit einem inflationär benutzten Faschismusbegriff ist ein effektiver Antifaschismus also kaum möglich.

Alternative zur Weimar-Analogie

Mit dem Rückgriff auf das von Reinhard Opitz in den 1960er Jahren entwickelte Konzept der autoritären Formierung versucht Friedrich, die Entwicklung in Richtung eines autoritären Kapitalismus zu fassen, in dem die AfD nicht zu eigenständiger Machtentfaltung gelangt, sondern in das bestehende politische System eingebunden wird. Das setzt ihr Bekenntnis zu Israel, EU, NATO und eine deutlichere Distanzierung vom historischen Faschismus voraus – wie es Giorgia Meloni in Italien bereits vormacht. Während die autoritäre Formierung von der »Mitte« ausgeht, also den herrschenden Kapitalgruppen und bürgerlichen Eliten, die damit auf die Erfolge des Autoritarismus reagieren, geht dieser eher vom rechten Rand aus und versucht von dort aus, die Macht zu erlangen.

Der Rückgriff auf Opitz stellt eine Analogie zwischen der Gegenwart und den 1960er Jahren her. Weber hält das zwar für falsch, weil er seiner Faschisierungsthese entsprechend die adäquate Analogie in der Weimarer Republik sieht. Doch ähneln die 1960er Jahre tatsächlich in mancher Hinsicht eher unserer Zeit: Auch damals gab es ein übergreifendes Parteienbündnis ohne echte Opposition, vor allem in der Zeit der Großen Koalition 1966–1969. Sozialistische Kräfte waren verboten oder an den Rand gedrängt. Die CDU drängte auf die Außerkraftsetzung liberal-demokratischer Prozeduren und setzte mit der Notstandsgesetzgebung autoritäre Prinzipien durch. Wie auch heute war ein »neuer Rechtsradikalismus« (so Adorno 1967) entstanden, und die NPD erzielte die größten Erfolge ihrer Geschichte – sie war nicht zuletzt in sieben Landtagen vertreten. Ähnliche Diagnosen wie Opitz erstellten auch Vertreter der Kritischen Theorie: Horkheimer sprach vom »integralen Etatismus«, Marcuse von der »eindimensionalen Gesellschaft«. Wie Opitz verstanden sie die Entwicklung als Vollendung des Monopolkapitalismus. Auch dies ist gerade in Bezug auf die Tech-Giganten, die die Märkte unter sich aufteilen, wieder aktuell.

Diese alternative Analogie ist hiermit freilich erst angedeutet und müsste weiter diskutiert und ausgearbeitet werden. Ihr Nutzen liegt auch darin, der allgegenwärtigen Weimar-Analogie eine Alternative gegenüberzustellen und damit den Eindruck der »Unaufhaltsamkeit« des Faschismus aufzulösen.

Eine vergessene Kategorie

Anders als die autoritäre Formierung bricht der Autoritarismus tatsächlich mit dem bestehenden politischen System und errichtet eine eigenständige, tendenziell diktatorische Herrschaftsform, die die Exekutive den anderen staatlichen Gewalten überordnet. Dennoch lässt er, anders als der Faschismus, die Verfassung bestehen und stellt keinen dauerhaften Ausnahmezustand her. Beispielsweise bleibt im Autoritarismus ein begrenzter Parteien- und Meinungspluralismus erhalten. Historische Beispiele dafür findet man in Polen, wo 1926 nach einem Putsch das Sanacja-Regime errichtet wurde, eine Militärdiktatur, in der gleichwohl Oppositionsparteien zugelassen waren, und im franquistischen Spanien, dessen Regime in der Anfangszeit faschistisch war, sich aber im Lauf der Zeit mäßigte, wobei die faschistische Falange stets Teil einer breiteren Regierungsallianz unter Franco blieb.

Ein ausgebildeter Autoritarismus in der Gegenwart herrschte im Ungarn unter Viktor Orbán, das wegen vielfacher Menschenrechtsverletzungen, dem Abbau des Rechtsstaats und einer nationalistischen Staatsideologie immer wieder als faschistisch eingeordnet wurde. Dennoch blieben ein Parlament mit legislativer Gewalt, ein plurales Parteiensystem sowie Presse- und Versammlungsfreiheit bestehen; so konnte 2019 die linke Sammlungsbewegung Szikra neu gegründet werden. Im April 2026 wurde Orbán sogar mit überwältigender Mehrheit abgewählt, ein im Faschismus undenkbarer Vorgang.

Autoritäre Bewegungen sind »konformistische Rebellionen« (Adorno): Sie reagieren auf Bedrohungen der vorgestellten Normalität und versuchen, diese wiederherzustellen. Sie nehmen nicht wie der Faschismus die Demokratie als solche als Problem wahr, sondern deren Pervertierung durch eine angebliche Diktatur des »linksgrünen Establishments«. Dagegen will der Faschismus nicht die Demokratie autoritär wiederherstellen, sondern in einem faschistischen Umsturz abschaffen. Zwar inszenieren die autoritären Bewegungen unserer Zeit häufig einen Systembruch, aber einmal an die Macht gekommen (wie in den USA oder in Ungarn), agieren sie dennoch unter Wahrung der existierenden Verfassungsinstitutionen. Das schließt nicht aus, dass sie wie die Trump-Regierung versuchen, unklare Grauzonen in Gesetzen auszunutzen oder zu testen, wie weit diese überschritten werden können, bis die Gerichte dem Einhalt gebieten. Beispielsweise hatte Trump im Laufe des Jahres 2025 die Nationalgarde in mehrere von der Demokratischen Partei regierte Städte entsandt – nachdem dies gerichtlich untersagt worden war, ordnete er am 1. Januar 2026 aber wieder ihren Rückzug an.

Autoritäre sind Liberale, die »ihre antiliberale Meinung sagen« wollen und sich dabei »bürgerlich und aufsässig zugleich« fühlen.⁵ So lässt sich auch die dominante politische Ideologie der AfD-Basis charakterisieren: Die »normalen« deutschen Bürger meinen, sich gegen eine Übermacht linksgrüner Eliten und muslimischer Ausländer zur Wehr setzen zu müssen, um ein imaginiertes eigentliches Deutschland wiederherzustellen.⁶

Autorität gibt es auch in der liberalen Demokratie, sie wird in ihr aber freiwillig anerkannt. Sie wird autoritär, wenn diese Anerkennung mit »unlauteren« politischen Techniken erzwungen wird, etwa durch Diffamierung und Inhaftierung politischer Gegner unter fadenscheinigen Vorwänden oder durch Drohungen, staatliche Subventionen zu streichen oder Karrieren zu verhindern. Dies bricht durchaus mit der bisherigen liberalen demokratischen Kultur. Während für Unbotmäßigkeit im Autoritarismus in der Regel jedoch »nur« empfindliche Einbußen hingenommen werden müssen, erzwingt der Faschismus die Unterwerfung durch offene Gewalt und letztlich die Todesdrohung.

Präzisere Arbeit am Begriff

Wie viele andere in der linken Faschismusdebatte kommt Weber dagegen zum Schluss, dass die AfD im Kern faschistisch sei. Eine präzisere Arbeit am Faschismusbegriff zeigt schnell das Gegenteil. Die von Weber aufgelisteten »zentralen Kernpunkte« des Faschismus werden diesem jedoch nicht gerecht: Ja, der Faschismus schafft demokratische Prozeduren und liberale Rechte ab. Aber das macht im Prinzip auch der Autoritarismus. Solange nicht spezifiziert

wird, dass der Faschismus die Verfassung außer Kraft setzt und den Ausnahmezustand auf Dauer stellt, bleibt das höchst ungenau.

Ein weiterer zentraler Kernpunkt soll die Orientierung auf politische Führer sein. Aber eine solche kennen auch Autoritarismus, Konservatismus oder selbst die Bolschewiki. Treffender wäre es gewesen, den spezifischen Charakter des Faschismus als offen terroristische, totalitäre Diktatur zu benennen. In der bekannten Dimitroff-Formel, die Weber ohne weiteres beiseite wischt, ist das formuliert. Zum Faschismus, nicht aber zum Autoritarismus, gehören die totale Kontrolle und der umfassende offene Terror: ein Angstregime, das keine Abweichung oder Andersartigkeit mehr duldet. Entsprechend finden auch paramilitärische Truppen vom Schlage einer SA bei Weber keine Erwähnung. Das ist tatsächlich ein zentraler Kernpunkt, da diese den offenen Terror umsetzen. Heute gibt es solche Truppen kaum – auch darum lassen sich die rechten Bewegungen von heute nicht als faschistisch charakterisieren. »Dass Trump oder Meloni sich nicht in (...) der Anwendung paramilitärischer Gewalt ergehen, ist in der Tat eines der besten Argumente gegen die Begriffswahl«⁷, so der Historiker Sven Reichardt.

Ebenso wenig findet sich in der Politik und Programmatik der AfD ein »nationaler Sozialismus«, also ein (vermeintlicher) »Antikapitalismus von rechts«, der für die Propaganda der NSDAP essentiell war. Statt dessen herrscht in der Wirtschafts- und Sozialpolitik der AfD, stellt Friedrich zutreffend fest, »programmatisch (...) weiterhin ein neoliberaler Sound vor, der stark an das erinnert, was auch aus Teilen von Union und FDP zu hören ist«.

Wenn Weber den Faschismus dadurch charakterisiert, dass dieser das Privateigentum an Produktionsmitteln aufrechterhält, dann stimmt das nur ganz abstrakt. Faschistische Parteien versprochen immer auch die Enteignung des Großkapitals und die Überwindung der Klassengegensätze in einer Volksgemeinschaft. Das ist Ideologie, aber nicht nur. Tatsächlich setzte der Nazistaat in der Reichstagsbrandverordnung vom 28. Februar 1933 auch den Schutz des Eigentums außer Kraft. Er griff umfangreich in die betriebliche Autonomie ein, unterstellte die Preisbildung staatlicher Kontrolle und richtete sogar eine faschistische Form von Planwirtschaft ein. Um Sozialismus ging es dabei natürlich nicht, sondern umgekehrt um die Sicherstellung der Profite des Großkapitals nach der Großen Depression ab 1929 (und die staatliche Kriegsfähigkeit). In dieser Hinsicht hat Weber recht, denn dieser »Nationalsozialismus« garantierte dem Großkapital hohe Profite. Allerdings gibt es in der AfD Bestrebungen, gerade auf diese spezifische Weise zugunsten des Großkapitals einzugreifen, nur zum Teil. Auch wenn Björn Höcke dafür stehen mag, sind diese Positionen doch keineswegs repräsentativ für die Gesamtpartei.

Weber hebt besonders den »Vernichtungskern« hervor, der sich auf ein »Gegenvolk« richtet. Aber nur der deutsche Faschismus entwickelte eine solche eliminatorische Praxis, und selbst in diesem gewannen die eliminatorischen Kräfte erst nach dem sogenannten Röhm-Putsch am 30. Juni 1934 die Oberhand. Seltsamerweise bringt diese Hervorhebung des »Vernichtungskerns« Weber nicht dazu, sein Urteil über die AfD als faschistisch zu revidieren, obwohl diese tatsächlich keine mit der NSDAP vergleichbare

eliminatorische Absicht erkennen lässt (anders als einzelne rechtsterroristische Akteure).

Die fortschreitende Faschisierung in Deutschland macht Weber insbesondere an Lagern fest, in denen Asylsuchende festgehalten werden. Aus demselben Grund werden in der Debatte gerade die Abschiebegefängnisse der US-amerikanischen Einwanderungsbehörde ICE als Beleg für die Wiederkehr des Faschismus gewertet. Doch trägt diese Analogie zu den Konzentrationslagern nicht. Diese standen vollständig außerhalb des Rechtssystems und wurden in der Anfangsphase bis 1935 vor allem errichtet, um politische und weltanschauliche Gegner wegzusperren. Dagegen richten sich die Abschiebegefängnisse von ICE gegen ausreisepflichtige Einwanderer. Die Haftbedingungen sind grausam, und oft kommt es zu Menschenrechtsverletzungen, doch die Gefängnisse an sich existieren im Rahmen der geltenden Verfassung. Die Inhaftierung in den Konzentrationslagern beruhte zudem ausschließlich auf polizeilichen Entscheidungen, gegen die gerichtlich nicht vorgegangen werden konnte. In den Abschiebegefängnissen von ICE können dagegen – wenn auch unter Schwierigkeiten – Anwälte die Rechte der Betroffenen wahrnehmen, die auch immer wieder Freilassungen erzielen.

Revolutionäre Bedrohung

Seinem schwammigen Faschismusbegriff korrespondiert Webers eigenartige Wahrnehmung, wir hätten es bereits seit mehreren Jahrzehnten mit einer stetigen Rechtsentwicklung zu tun. Jedoch wäre, wie Friedrich fordert, für die Erklärung der Entstehung der AfD »bei der gegenwärtigen Krise des Kapitalismus anzufangen«, also im Jahr 2008. Denn in der Folge dieser Krise verbreiteten sich die Verunsicherungen, existentiellen Sorgen und Abstiegsängste, aus denen die autoritäre Rechte ihre Energie bezieht, indem sie den Wählern die Rückkehr zu einer früheren »Normalität« versprechen kann, in der angeblich alles in Ordnung war.

Dass wir es international nicht mit einer stetigen Faschisierung zu tun haben, wird aus der Abwahl autoritärer Regierungen in Brasilien, Polen und Ungarn deutlich, ebenso wie aus dem italienischen Modell der »Melonisierung«, also der Anpassung an die Politik der bestehenden Eliten. Auch in der AfD wurden bereits viele fundamentaloppositionelle Punkte – wie Friedrich zeigt – abgeräumt oder abgeschwächt. Und seit die AfD im Frühjahr 2025 vom Verfassungsschutz als »gesichert rechtsextrem« eingestuft wurde, reagiert sie mit betonter Grundgesetzkonformität.

Derzeit sind zwei Varianten im Bereich des Möglichen: eine autoritäre Formierung (die für Deutschland wie auch für die meisten EU-Staaten wahrscheinlichere Variante) oder eine eigenständige Machtentfaltung des Autoritarismus wie in den USA, zu der es vermutlich kommen wird, wenn die Einbindung rechter Kräfte auf dem Weg der autoritären Formierung nicht gelingt.

Das heißt auch: Ein Faschismus wird zunächst nicht wahrscheinlicher, wenn autoritäre Formierung nicht gelingt. Das ist Friedrichs Prognose, der aber, wie gesagt, nicht auf die Kategorie des Autoritarismus zurückgreift. Dem

Faschismus liegen noch einmal ganz andere Stimmungslagen und Krisensituationen zugrunde als die seit 2008 bestehenden. Das kapitalistische System ist nicht vom Zusammenbruch bedroht, sondern wird lediglich instabiler, da »vertraute Sicherheiten« und die als Normalzustand angenommenen »gesunden Mittelschichten« verloren gehen.

Eine Krise, die zum Zusammenbruch führt, ist dagegen durch totale Verluste bzw. eine grundsätzliche Bedrohung des Kapitalismus gekennzeichnet. Der Gegner des Faschismus ist entsprechend auch keine bürgerliche Kulturlinke, die lediglich die Normen des bestehenden Systems auf progressive Weise ausgestalten will, sondern eine revolutionäre Bewegung von links, die das System in seinen Grundfesten bedroht. Wie Marxistinnen wie Clara Zetkin, Wilhelm Reich und Alfred Sohn-Rethel gezeigt haben, entsteht der Faschismus aus solchen fundamentalen Krisen. Diese erscheinen den Massen – wenn sie kein hinreichendes Klassenbewusstsein ausgebildet haben –, als würde das »nationale Überleben« und damit auch ihr eigenes in Frage stehen. In einer solchen Untergangsangst entstanden nach dem Ersten Weltkrieg in Deutschland die Freikorps und die NSDAP. Ebenso einschneidend war die tiefgreifende Wirtschaftskrise von 1929, in deren Folge die NSDAP ihre Erfolge an den Wahlurnen verzeichnete. Letzteres hat Reich 1933 eindrücklich beschrieben.

Derzeit gibt es weder eine weit verbreitete Angst vor einem Untergang Deutschlands noch eine ernstzunehmende revolutionäre Bewegung. Konfrontiert sind wir vorerst nur mit der Furcht, dass Deutschland, die USA oder andere westliche Staaten ihre wirtschaftliche und politische Vorrangstellung verlieren. In der MAGA-Bewegung heißt es, die USA müssten »great again« gemacht, aber eben nicht vor dem Untergang gerettet werden. Szenarien eines völligen Zusammenbruchs werden zwar entworfen, aber nur in faschistischen Kreisen am rechten Rand. Diese stellen eine enorme Bedrohung dar, doch gesamtgesellschaftliche Reichweite erhalten sie derzeit nur dann, wenn sie sich – wie der Höcke-Flügel der AfD – in das autoritäre Projekt einordnen.

Dennoch leisten beide genannten Varianten dem Faschismus Vorschub. Die NSDAP hätte 1933 die Macht über den Staat nicht so leicht übernehmen können, wenn es nicht die Vorarbeit des »Stahlhelms«, der Deutschnationalen Volkspartei (DNVP) oder der rechten Präsidialkabinette ab 1930 gegeben hätte. Ähnlich bereitet der Autoritarismus auch heute dem Faschismus den Boden, etwa indem er menschenfeindliche Positionen normalisiert. Kommt es vor diesem Hintergrund zu einer Zusammenbruchkrise, dann ist wie nach 1929 mit einer rapide anwachsenden faschistischen Bewegung zu rechnen.

Eine solche große Krise wird angesichts des Klimawandels, der Militarisierung und der wachsenden Verwertungsschwierigkeiten des Kapitals immer wahrscheinlicher. Sie wird auch revolutionären Gegenbewegungen Auftrieb verschaffen, mindestens zu größeren Aufständen führen. Dann kann es auch wieder zu einem neuen Faschismus kommen. Zu dessen adäquater Einschätzung, also auch zu einer effektiven Gegenstrategie, wird die Linke jedoch erst kommen, wenn sie sich von ihrem liberalen Faschismusbegriff trennt.

Anmerkungen

1 In meinem Buch »Die Faschisierung des Subjekts« (Mandelbaum Verlag, 2021) verstehe ich Faschisierung in anderer Weise als in der aktuellen Debatte, wo sie einigermaßen inkohärent als ein Prozess, der ergebnisoffen sein soll und doch eindeutig auf den Faschismus zuläuft, verstanden wird. Der von mir ausgearbeitete Faschisierungsbegriff meint dagegen dem Wortsinn entsprechend den Prozess, in dem der Faschismus entsteht.

2 Etwa Franz Neumann: Behemoth. Struktur und Praxis des Nationalsozialismus 1933–1944. Hamburg 2018 (englische Erstausgabe von 1942)

3 Hans-Joachim Lauth: Autoritäre versus totalitäre Regime. In: Dieter Nohlen (Hrsg.), Lexikon der Politik, Bd. 1: Politische Theorien. München 1995, S. 27–32

4 Etwa Wilhelm Heitmeyer: Autoritäre Versuchungen. Signaturen der Bedrohung I. Berlin 2018

5 Max Horkheimer und Theodor W. Adorno: Dialektik der Aufklärung. In: Max Horkheimer: Gesammelte Schriften, Bd. 5, Frankfurt a. M. 1987, S. 230f.

6 Vgl. dazu Wilhelm Heitmeyer, Manuela Freiheit und Peter Sitzler: Rechte Bedrohungsallianzen. Signaturen der Bedrohung II. Berlin 2020, S. 104–111

7 Sven Reichardt: Was ist Postfaschismus? In: *Soziopolis*, 8.5.2025, <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-102284-9>

→ [Emanuel Kapfinger ist Philosoph und politischer Autor](#). Er promoviert über Hegel und Kulturtheorie an der FU Berlin, ist assoziierter Doktorand des Centre Marc Bloch an der HU Berlin und Dozent des Bildungswerks Berlin der Heinrich-Böll-Stiftung. Er publiziert regelmäßig zur Faschismustheorie.

<https://www.jungewelt.de/artikel/526239.theorie-weder-demokratie-noch-faschismus.html>